

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke für die Einladung, hier zu euch sprechen zu dürfen. Der 1. Mai – das war immer auch ein Wiedersehen mit Leuten, die man lange nicht mehr getroffen hatten, ein Wiedersehen mit denen, die aktiv für Solidarität und für soziale Gerechtigkeit eintreten – jeder und jede im eigenen Bereich, am 1. Mai alle gemeinsam.

In diesem Jahr ist das anders. Wir haben uns seit Januar schon oft getroffen: Über 20 Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktionen gab es – in fast allen Kommunen unseres Kreises, insgesamt waren weit über Zehntausend in Oberberg aktiv. Und da ist der Karneval mit witzigen Plakaten und mit klaren Ansagen noch gar nicht eingerechnet.

Der Grund ist leider kein erfreulicher: Da sitzt eine Partei in unseren Parlamenten - im Bundestag, in den Landtagen und in vielen Stadt- und Gemeinderäten - die sich anschickt, unsere Demokratie, unser Gemeinwesen zu zersetzen und zu zerschlagen. Die AfD war schon bei ihrer Gründung eine reaktionäre, rückwärtsgewandte Partei, sie hatte von Anfang an nichts mit den Interessen der arbeitenden Menschen am Hut. In den zehn vergangenen Jahren hat sie sich in atemberaubender Geschwindigkeit immer weiter an den Rand manövriert, sie ist heute extrem rechts, völkisch-nationalistisch und rassistisch. Die im Januar bekannt gewordenen Pläne dieser Partei, Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu "remigrieren", also ins Ausland zu deportieren, machten endgültig klar, dass diese Partei unsere Gesellschaft spalten will, dass sie den Boden unseres Grundgesetzes verlassen hat, dass sie die Menschenwürde mit Füßen tritt. Dagegen sind im ganzen Land die Menschen aufgestanden. Wir haben klargemacht, dass wir nicht zulassen werden, wenn wieder die Leute in "wert" und "weniger wert", in "nützlich" und "nicht nützlich" aufgeteilt werden sollen, wenn wieder Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen abgeholt und weggebracht werden sollen.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar" - so steht es in Artikel 1 unseres Grundgesetzes, das in drei Wochen 75 Jahre alt wird. Da steht: "Die Würde des Menschen", nicht "Die Würde des Deutschen", denn die Menschenrechte gelten universell, unabhängig von Pass, Herkunft, Religion oder Hautfarbe. Denn wir Deutschen haben keine Sonderrechte gegenüber anderen Menschen, alle Menschen haben die gleiche Würde. Und diese Würde muss respektiert werden.

Ich weiß, dass ich das hier bei euch, Kolleginnen und Kollegen, eigentlich nicht zu betonen brauche. Denn die Grundlage des 1. Mai war von Anfang an Solidarität, und zwar internationale Solidarität. Wir wissen, dass die großen Konzerne international agieren und dass sie immer wieder versuchen, die Belegschaften an den unterschiedlichen Standorten gegeneinander auszuspielen. Wir wissen, dass wir sofort verloren hätten, wenn wir uns darauf einließen, für gleiche Arbeit ungleiche Löhne zu akzeptieren.

Und dennoch: Die AfD hat zwar an Zustimmung verloren, doch es gibt immer noch viel zu viele, die bereit sind, die extreme Rechte zu wählen. Die den scheinbar einfachen Lösungen vertrauen, die die Nazis - heute wie 1933 - für schwierige Probleme anbieten. Die froh sind, wenn - heute wie 1933 - ein Sündenbock für die wirklichen und die eingebildeten Krisen gefunden wird. Und diese Leute können wir nicht zurückholen, wenn wir die Parolen und die Forderungen der Hetzer als "Stimmen besorgter Bürger" übernehmen. So etwas adelt die rechte Hetze, erhebt sie in den Rang des Sagbaren und

Diskussionswürdigen. Konkret: Wer das Gerede von einer "Migrationskrise" übernimmt, der nimmt den Menschen, die vor Krieg, Hunger und Unterdrückung fliehen müssen, die Würde, indem er sie als Ursache einer Krise bezeichnet und sie verantwortlich macht für die Probleme in unserem Land. Natürlich hätten wir mehr Wohnraum, wenn wir alle Migranten vertreiben würden. Aber das hätten wir auch, wenn wir alle Opel-Fahrer vertreiben würden. Oder alle mit blonden Haaren. Oder alle mit Schuhgröße 43. Das alles wäre gleich unlogisch und unmenschlich.

So geht das nicht. Wir müssen klare Kante zeigen gegen Unmenschlichkeit, gegen Rassismus und gegen Nationalismus. Wir müssen klar sagen: Wer AfD wählt, wählt Nazis und verrät unsere gemeinsamen Werte.

Wir müssen und sollen darüber streiten, wie wir die Probleme lösen, aber wir können gemeinsam eine menschenwürdige Lösung finden und auch das Geld dafür auftreiben, wenn wir konstruktiv zusammenarbeiten, wenn die Steuerhinterziehung ernsthaft bekämpft wird, wenn die ideologischen Scheuklappen abgelegt werden und eine echte Erbschaftsteuer, eine Vermögenssteuer und eine Reform der sogenannten Schuldenbremse endlich ernsthaft diskutiert werden.

Wenn wir das nicht tun, wird es uns gehen wie vor 90 Jahren. Nachdem 1933 die Nazis an die Macht gekommen waren, triumphierten sie zum 1. Mai 1934 (ich zitiere aus der Bergischen Wacht vom 2. Mai 1934): "Die alte Welt des marxistischen Denkens, die die Köpfe unserer Arbeiter vernebelte, ist zerbrochen, die 'internationale Solidarität der Arbeiter' – jenes Schlagwort für eine lächerlich törichte Ideologie – ...hatte ... nicht Kraft und Geist genug, um nach dem Zusammenbruch der liberalistisch-bürgerlichen Gesellschaftsordnung der Nachkriegszeit eine neue Weltordnung besseren Gefüges anzubahnen. Sie erstarrte schließlich in Ratlosigkeit und wurde reif für ein unrühmliches Ende."

Mit der Nachkriegszeit in dem Zitat aus 1934 ist die Zeit nach dem ersten Weltkrieg gemeint. Unser Grundgesetz von 1949 hat vor 75 Jahren die Grundlage für ein "besseres Gefüge" gelegt. Doch jetzt macht sich die extreme Rechte wieder daran, unserer Gesellschaft ein "unrühmliches Ende" zu bereiten. Die AfD bezeichnet die demokratischen Parteien als "Altparteien", ihre Funktionäre kündigen an "Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet", sie will Millionen Menschen aus unserem Land deportieren. Und das sind nicht irgendwelche Spinner aus dem Osten Deutschlands - nein, auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt, der bei uns im Oberbergischen wohnt, bekennt sich öffentlich zur "Remigration" und lädt prominente Rechtsaußen-Vertreter in sein Büro hier in Vollmerhausen ein. Wir müssen dagegen halten!

1933 haben die Menschen nicht gewusst, was auf sie zukommt, wenn man die Faschisten an die Macht lässt. Wir wissen das heute. Deshalb müssen wir die AfD stoppen. Jetzt. Gemeinsam. Bevor sie unsere Demokratie zerstören kann. Wir können das schaffen - aber wir müssen kämpfen. Zuschauen ist keine Option. Ich zähle auf euch!